Sorge um Industriestandort: LIHK fordert die Politik zum Handeln auf

Frankenstärke Die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer (LIHK) sieht den Industriestandort Liechtenstein in Gefahr. Mit konkreten Forderungen an die Politik macht der Verband öffentlich auf das Problem vieler Betriebe aufmerksam.

VON HOLGER FRANKE

In dieser kritischen Situation müssten sowohl Wirtschaft wie auch Politik alles daransetzen, die Industrie und ihre Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Land zu halten, appelliert der LIHK-Vorstand in einer Aussendung, die das «Volksblatt» heute veröffentlicht.

Konkurrenzfähigkeit in Gefahr

Hintergrund ist die Aufhebung des Euro-Mindestkurses durch die Schweizerische Nationalbank, die die exportorientierten Unternehmen zusätzlich unter Druck setzt. Wie die LIHK argumentiert, werde vielfach ein erheblicher Umsatzrückgang prognostiziert, der auch zu einem massiven Gewinnrückgang führen werde. Zwar seien bei vielen Betrieben die Auftragsbü-

cher gut gefüllt, allerdings sei die Konkurrenzfähigkeit aufgrund der Frankenstärke teilweise nicht mehr gegeben. Wie der LIHK-Vorstand weiter be-

tont, sei es ihr sehr wichtig, dass der Industriestandort Liechtenstein und damit auch die Arbeitsplätze gesichert werden. Dies könne jedoch nur durch weitere Massnahmen auf der Kostenbasis von Ende 2014 in den Betrieben erreicht werden. Nachdem die Unternehmen mit den bisherigen Massnahmen die Kostenstruktur bereits dem Stabili-

sierungskurs an-

gepasst hätten,

gelte es nun, darü-

ber hinaus «wirk-

same und schnell

realisierbare

Massnahmen für

weitere Kosten-

optimierungen»

«Dem Vorstand der LIHK ist es sehr wichtig, dass der Industriestandort und damit auch die Arbeitsplätze gesichert werden.»

STELLUNGNAHME DER LIHK

zu finden. An die Politik richtet die LIHK klare Forderungen: Derzeitige Standortvorteile müssten erhalten respektive verbessert werden, finanzielle Belastungen müssten verringert werden, beispielsweise durch eine zeitlich limitierte, signifikante Reduktion der Abgabe zum Energieeffizienzgesetz. Ausserdem sollten nach Ansicht der LIHK weitere Gesetze, die die Handelsfreiheit einschränken und den Standort Liechtenstein gegenüber anderen Industriestandorten verteuern, überprüft werden. Ein weiteres Augenmerk liegt auf den Lohnnebenkosten: Zusätzliche finanzielle Belastungen die durch die geplanten Revisionen des Krankenversicherungsgesetzes, der AHV und des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge entstehen dürften, sollten vermieden bzw verschoben werden schreibt die LIHK in ihrer ausführlichen Stellungnahme. Seite 11

Aufhebung des EUR-CHF-Mindestkurses

LIHK-Vorstand setzt sich für die Sicherung des Industriestandorts ein

ie Schweizerische Nationalbank (SNB) hat am 15. Januar 2015 überraschend den Euro-Mindestkurs von CHF 1.20 aufgehoben. Durch die nachfolgende massive Aufwertung des Schweizer Frankens wird die Umsatz- und Ertragssituation der liechtensteinischen Industrie-Unternehmen stark negativ beeinflusst. Mit einem Schlag verloren die Unternehmen zudem die Planbarkeit für ihre Kalkulationen. Es war den Exportunternehmen durchaus bewusst, dass die Stützungsmassnahmen der SNB irgendwann beendet sein würden, trotzdem ist es für viele Firmen sehr herausfordernd, kurzfristig noch zusätzliche Kostensenkungsmassnahmen zu realisie-

Die Exporte sind weniger wert

Die liechtensteinische Industrie exportiert mehr als 50 % ihrer Erzeugnisse in die Euroländer. Die Unternehmen mussten bereits im August 2011 durch die Anpassung an den Stabilisierungskurs von CHF 1.20 pro Euro einen Währungsnachteil von 20 % gegenüber Ende 2009 wettmachen. Nach dem Ende der Stabilisierung kommt nun ein weiteren Nachteil von über 10 % dazu. Und es ist nicht allein der Euro-Wechselkurs, der die Betriebe belastet, denn der Schweizer Franken hat sich auch gegenüber vielen an-

deren Fremdwährungen weiter aufgewertet.

Schwierige Situation für den Industrie-Standort Wie schwierig die Situation für einige Industrieunternehmen seit dem Ende des Stabilisierungskurses am 15. Januar 2015 geworden ist, zeigen die überarbeiteten Budgets für das laufende Geschäftsjahr: Es wird vielfach ein erheblicher Umsatzrückgang prognostiziert, der auch zu einem massiven Gewinnrückgang führen wird. Viele Betriebe haben zwar volle Auftragsbücher, sind jedoch durch die Frankenstärke teilweise nicht mehr konkurrenzfähig. Auch wenn Unternehmen in Euro bilanzieren, hat sich der lokale Franken-Kostenblock - insbesondere die Personalkosten - um weitere über 10 % verteuert.

Stabilisierungsmassnahmen der Betriebe

Die liechtensteinischen Industrie-Unternehmen befassen sich seit dem 15. Januar 2015 mit Massnahmen, um den erneuten negativen Währungseffekt so weit wie möglich auszugleichen. Jedes Industrie-Unternehmen steht aufgrund seiner Ausrichtung vor einer spezifischen Situation und vor unterschiedlichen Herausforderungen. Entsprechend werden auch jeweils individuelle Massnahmen angezeigt sein. Durch die teilweise harten Spar-

und Effizienzprogramme, die die Betriebe nach dem Eurozerfall im Jahr 2011 umgesetzt haben, sind viele Massnahmen bereits ausgeschöpft. Aus den Bemühungen kamen die Unternehmen gestärkt hervor, und viele hatten im Jahr 2014 erstmals nach der Weltwirtschaftskrise und dem Beginn der Frankenstärke wieder einen guten Geschäftsabschluss. Durch die neue Situation sind nun weitere grosse Anstrengungen nötig, um Kosten zu reduzieren und so die Betriebe bzw. die Beschäftigung abzusichern. Die Unternehmen stehen unter einem grossen, einige unter einem massiven Ergebnisdruck. Dies bedingt eine zeitnahe Umsetzung von individuellen Massnahmen oder Massnahmenpaketen.

Mögliche Massnahmen sind beispielsweise weitere Kostensenkungen durch eine Ausweitung der Beschaffung im Euroraum und in anderen Fremdwährungen, die Senkung der Personalkosten durch Personalstopp, Personalabbau, befristete Arbeitszeiterhöhungen, Ferienkürzungen, Null-Lohnrunden, Gehalts- und Bonuskürzungen und



Umstellung auf Eurolöhne. Weitere Möglichkeiten sind das Kürzen oder Verschieben von Investitionen, die Verlagerung von bestimmten betrieblichen Funktionen in günstigere Währungsräume und Preiserhöhungen in den Märkten.

LIHK-Vorstand setzt sich für Sicherung des Industriestandorts Liechtenstein ein

Dem Vorstand der LIHK ist es sehr wichtig, dass der Industriestandort Liechtenstein und damit auch die Arbeitsplätze gesichert werden. Dies kann jedoch nur durch weitere Massnahmen auf der Kostenbasis von Ende 2014 in den Betrieben erreicht werden. Nachdem die Unternehmen mit den bisherigen Massnahmen die Kostenstruktur bereits dem Stabilisierungskurs angepasst haben, gilt es nun, darüber hinaus wirksame und schnell realisierbare Massnahmen für weitere Kostenoptimierungen zu finden. Damit kann sichergestellt werden, dass die Betriebe einen für die langfristige Sicherung des Unternehmens nötigen Gewinn erwirtschaften.

Was kann der Staat zur Sicherung des Industriestandorts beitragen?

Der LIHK-Vorstand erwartet trotz dieser schwierigen Situation für die Industrieunternehmen vom Staat keine direkte finanzielle Unterstützung. Neben den zusätzlichen Massnahmen in den Betrieben ist jedoch eine indirekte Unterstützung von Staatsseite ausserordentlich wichtig, um die Wertschöpfung im Land zu halten. Der LIHK-Vorstand fordert deshalb:

- Die Erhaltung bzw. Verbesserung der derzeitigen Standortvorteile.
- Die Vermeidung bzw. Verschiebung zusätzlicher finanzieller Belastungen, z. B. bei den Lohnnebenkosten durch die laufenden Revisionen des Krankenversicherungsgesetzes, der AHV und des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge.
- Die Verringerung von finanziellen Belastungen, z. B. durch eine zeitlich limitierte, signifikante Reduktion der Abgabe zum Energieeffizienzgesetz.
- Die Überprüfung weiterer Gesetze, die die Handelsfreiheit einschränken und den Standort Liechtenstein gegenüber anderen Industriestandorten verteuern.

In dieser kritischen Situation müssen sowohl Wirtschaft wie auch Politik alles daransetzen, die Industrie und ihre Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Land zu halten.

Der Vorstand der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer (LIHK)